

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Das politische Labor Schweiz darf nicht verschwinden,
und dafür braucht es hinreichende Freiheiten. Deshalb
kommt für mich ein EU-Beitritt nicht infrage

Die Schweiz wird von vielen Europäern als Vorbild gelobt. Wir sollten uns nichts vormachen lassen: Wären wir erst einmal in die europäischen Institutionen integriert, würde vieles erstickt, was uns auszeichnet.

Kaspar Villiger78 Kommentare14.02.2023



Die Geschichte von Arnold von Winkelried, der sich in der Schlacht bei Sempach 1386 opferte, um die Übermacht der Habsburger zu brechen, ist als Mythos inzwischen verblasst. Heute braucht die Schweiz zur Identitätsbildung neue Geschichten. Im Bild das Fresko in der Gedenkkapelle in Sempach.

Das Wohlergehen eines Staates bemisst sich nicht allein nach makroökonomischen Kennziffern, Gini-Koeffizienten und hohen Durchschnittslöhnen. Wenn nur statistische Fakten zählten, befände sich die Schweiz in der Spitzengruppe der globalen Glückspyramide. Es zählen auch weiche Faktoren wie die affektive Beziehung der Bürger zum Gemeinwesen, das Verhältnis vom Ich zum Wir oder das Gefühl einer gemeinsamen Identität.

Das Wohlergehen eines Staates bemisst sich nicht allein nach makroökonomischen Kennziffern, Gini-Koeffizienten und hohen Durchschnittslöhnen. Wenn nur statistische Fakten zählten, befände sich die Schweiz in der Spitzengruppe der globalen Glückspyramide. Es zählen auch weiche Faktoren wie die affektive Beziehung der Bürger zum Gemeinwesen, das Verhältnis vom Ich zum Wir oder das Gefühl einer gemeinsamen Identität.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Der Staatsrechtler René Rhinow spricht im Zusammenhang mit der modernen Demokratie vom Verfassungspatriotismus, der eine Identifikation mit den Grundwerten, Institutionen und Prozessen des Staates bedeute und von Mythen, Bräuchen und Symbolen gestützt werde. Henry Kissinger schreibt, eine grossartige Gesellschaft entstehe durch gemeinsame Ziele und Versöhnung und nicht durch das Niedermachen von Widersachern im eigenen Land. Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler hält Mythen für wichtig, weil sie Sinn stifteten, Komplexität reduzierten und langfristig wirkten. Der Germanist und Schriftsteller Peter von Matt schliesslich beschreibt Mythen als wichtige vorwissenschaftliche Form der Welterklärung.

Ein Staat braucht mit anderen Worten neben der Hardware der demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen eine Software mit sinnstiftenden Erzählungen – der modische Ausdruck dafür ist Narrative –, die wichtige gemeinsame zivilisatorische Werte und Emotionen ausdrücken und die es den Menschen erleichtern, die Welt zu verstehen und sich gesellschaftlich zu orientieren. Diese Narrative sind nie für immer stabil, sondern sie verändern sich, gehen oft verloren oder entstehen neu. Häufig werden sie gar systematisch politisch bewirtschaftet und bisweilen übel missbraucht.

Eines der weltweit wohl folgen- und segensreichsten politischen Narrative wurde in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 festgeschrieben. Es besagt, dass alle Menschen gleich geschaffen seien, dass sie mit unveräusserlichen Rechten ausgestattet seien und dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehörten. Donald Trump hat mit seinem politisch erfolgreichen Maga-Narrativ («Make America Great Again») seinen Wählern den Aufbruch in eine glorreiche Vergangenheit verheissen. [Wladimir Putin verspricht ein glorreiches russisches Reich](#) und konstruiert mit der Nato nach bewährtem historischem Muster einen bösen Feind, um das Land zu einen. Recep Tayyip Erdogan lenkt mit der Vision von nationaler Grösse durch die [Wiederauferstehung eines osmanischen Reiches](#) von eigenem Versagen ab.

Geschichte stiftet Identität

Narrative sind von Land zu Land derart verschieden, dass eine Kategorisierung schwierig ist. In erster Näherung könnte man Bedrohung- und Leistungsnarrative unterscheiden. Ein drohender böser Feind, gar ein Krieg oder eine grosse Bedrohung durch Naturgefahren kann ein Volk einen, Solidaritätsreflexe erzeugen und Anreize zur Kooperation schaffen. Beim Leistungsnarrativ stehen echte oder vermeintliche nationale Leistungen im Vordergrund, für die man patriotischen Stolz empfindet.

Das Narrativ ist rückwärtsgerichtet, wenn die Leistungen in der Geschichte erbracht worden sind – zu denken ist an historische Schlachten oder Revolutionen –, und es ist zukunftsgerichtet, wenn die Vision besteht, eine Leistung künftig zu erbringen. Beispiele sind etwa die Vision, durch die europäische Einigung einem blutgetränkten Kontinent Frieden und Wohlstand zu bringen, oder die Kennedy-Vision, Amerikaner als erste Menschen auf dem Mond landen zu lassen.

Die meisten real existierenden Narrative werden Elemente aller Kategorien enthalten. Sie können auf unterschiedlichste Weise entstehen. Meistens bilden sie sich im Laufe der Geschichte durch prägende Ereignisse wie von selbst, und sie werden durch mündliche Überlieferung, Geschichtsschreibung oder kulturelle Werke weiterentwickelt. Oft versucht die Politik, sie zu nutzen, etwa durch patriotische Anlässe, Subventionierung von Kultur oder Einflussnahme in Schulen.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Populisten missbrauchen sie bisweilen schamlos durch Geschichtsklitterungen, und Diktatoren erfinden sie gar und versuchen sie durch Gesinnungsterror gewaltsam durchzusetzen. Das schlimmste gegenwärtige Beispiel sind die professionell produzierten Lügen Putins, die seinen Angriffskrieg legitimieren sollen und die er seinem Volk gnadenlos einhämmert. Aber die stärksten und glaubwürdigsten Narrative sind nicht die künstlich und populistisch zusammengeschusterten, sondern die auf historischer, psychologischer und politischer Substanz beruhenden.

Verblassende Mythen

Die ethnische, sprachliche, kulturelle und konfessionelle Vielfalt des Schweizervolks war schon immer alles andere als eine günstige Voraussetzung für die Formung eines soliden Staates. Natürliche Bindemittel wie eine gemeinsame Kultur, Konfession oder Sprache fehlen weitgehend. Das zwang die Schweiz, in oft mühsamen Prozessen eine politische Kultur zu entwickeln, die das einigermaßen harmonische Zusammenleben von Verschiedenem erlaubte. Dabei spielten gemeinschaftsstiftende Mythen und Schriften immer eine wichtige Rolle. Figuren wie Tell oder Winkelried verkörperten wichtige Werte für die Staatswerdung.

Peter von Matt wies auf die nicht zu unterschätzende gemeinschaftsstiftende Bedeutung der Chroniken etwa von Aegidius Tschudi oder der Schriften Albrecht von Hallers hin. Auch Friedrich Schillers Tell-Drama, das die Geschichte des einsamen Freiheitskämpfers Tell kunstvoll mit der gemeinschaftsbildenden Geschichte des Rütlichschwur verwebt, darf in seiner Bedeutung für den Willen zum nationalen Zusammenhalt nicht unterschätzt werden. Nationale Symbole wie Heldenfiguren, Schlachten, Fahnen, Wappen und Waffen spielten während Jahrhunderten eine bedeutende Rolle.



Heinrich Jenny: «Wilhelm Tell mit Sohn», 1868, Öl auf Leinwand.

Tell-Museum Bürglen

Mitte des letzten Jahrhunderts begannen die alten Narrative zu verblassen. Einer ganzen Generation von Schriftstellern gelang es nach 1968, nationale Helden wie Tell und Winkelried gründlich zu demontieren. Wappenscheiben hatten zunehmend nur noch den Altglas- und geprägte Zinnkannen den Metallwert, und viele Historiker schwangen sich zu selbsternannten Richtern auf, die das Handeln früherer Generationen von Politikern und Wirtschaftsführern an den moralischen Normen des aktuellen Zeitgeistes zu messen und gnadenlos zu verurteilen begannen. Die staats-erhaltenden Narrative begannen zu zerflattern.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Eine intakte Grundsubstanz

Und heute? Ein Narrativ, welches die heutige Schweiz zu einem vermöchte, ist nicht erkennbar. An den politischen Polen werden aus wahlpolitischen Gründen nicht versöhnende, sondern spaltende Narrative gepflegt. Rechts wird etwa ein Graben [zwischen einem heilen Landvolk mit fröhlichen Treichlern](#) und glücklichen Fahنشwingern einerseits und einer verderbten, die Landschaft ausbeutenden Stadtbevölkerung andererseits herbeigeredet.

Und links pflegen die Sozialdemokraten Visionen eines Totalumbaus unseres so erfolgreichen Wirtschaftssystems mittels Überwindung des Kapitalismus, massiver Beschränkung des Grundeigentums, konfiskatorischer Besteuerung sehr reicher Unternehmer und Befreiung der Menschen von fremdbestimmter Erwerbsarbeit. Derweil verkünden grün Erleuchtete düstere Weltuntergangsszenarien, die sie mit planwirtschaftlichen Rezepten und Bevormundung des Volkes zu verhindern trachten.

Und doch funktioniert das politische System in den meisten Bereichen noch recht ordentlich. Bei Lichte besehen besteht die Grundsubstanz nach wie vor, aus der sich ein taugliches Narrativ einer modernen Schweiz zimmern liesse. Wir werden zwar immer wieder vom Ausland nicht ohne Spuren von Neid kritisiert, nicht zuletzt auch von der EU-Nomenklatura, aber immer wieder finden sich auch prominente Beobachter, die unser politisches System bewundern.

Was veranlasst beispielsweise den deutschen Spitzenökonom Hans-Werner Sinn, die Schweiz als ein realistisches Modell zu bezeichnen, an dem sich die EU, vor allem auch, was die Reihenfolge der Integrationsschritte und ihren Zeitbedarf betreffe, orientieren könnte? Warum wirft der bereits erwähnte [Historiker Herfried Münkler](#) anlässlich eines Dinners in Zürich die Frage auf, wieso die Schweiz freiwillig auf einen EU-Beitritt verzichte, obwohl sie als erfolgreiches politisches Modell in der EU einen grossen Einfluss ausüben könnte? Was lässt einen Peter von Matt rhetorisch fragen, was denn die heutige Welt dringlicher brauche als Elemente unserer politischen Kultur wie die Kunst des politischen Kompromisses, die Verhinderung der Machtballung bei einzelnen Politikern, die Kultur der Förderung von Minderheiten und die in Jahrhunderten entwickelte Versöhnungskultur?

Eigentlich sind es die bekannten, bewährten und mühsam erarbeiteten Errungenschaften des politischen Labors Schweiz, die zu einem eingängigen Narrativ verdichtet werden könnten. Ich will sie nur skizzenhaft in Erinnerung rufen: Da sind einmal die Volksrechte. Sie zwingen die Politiker, auf die Präferenzen der Bürger einzugehen und ihre Entscheide mehrheitsfähig zu machen und damit zu legitimieren. Den Bürgern wird durch die politische Mitentscheidungsmöglichkeit aber auch Mitverantwortung auferlegt, was ihre Identifikation mit dem Staat positiv beeinflusst. Es ist auch ihr Staat, nicht der Staat von denen da oben.

Die Regierungen auf Bundes- und Kantonsebene sind dem Kollegialprinzip verpflichtete, politisch streng kontrollierte Direktorien, die nicht von machtrunkenen Einzelpersonen dominiert werden können und die gemeinsam um Lösungen ringen. Der Föderalismus parzelliert und bündigt damit die Staatsmacht, bringt viele Entscheide näher zu den Bürgern, erlaubt Minderheiten und Regionen die Gestaltung des näheren politischen Umfeldes und erzeugt durch Konkurrenz ein für die Bürger besseres Preis-Leistungs-Verhältnis.

Die Kultur der Respektierung von Minderheiten verhindert deren Schikanierung oder Unterdrückung durch Mehrheitsentscheide.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Weil die wichtigsten politischen Entscheide der Volksmehrheit und in Fragen auf Verfassungsebene des Ständemehrs bedürfen, hat sich eine ausgeklügelte Kompromisskultur herausgebildet. Nicht zu vergessen ist die – trotz immer wieder aufflammender Skepsis Migranten gegenüber – hohe Integrationsfähigkeit der Schweiz, nicht zuletzt dank dem dualen Bildungssystem. Aus alldem ein modernes Narrativ herauszufiltern, wäre den Schweizern der in Politik und Kultur Tätigen wert.

Der helvetische Europafluch

Natürlich ist auch die Schweiz alles andere als ein Paradies auf Erden. Aber ein wenig stolz darauf, ein taugliches Modell für das konstruktive Zusammenleben von Verschiedenem zu sein, dürfen wir uns wohl leisten. Allerdings kommt hier ein grosses Aber: Erosionserscheinungen an diesem Modell sind unverkennbar, angefangen bei der Verhinderung von Kompromissen durch fundamentalistische Verhärtung ideologischer Positionen über die Wahrnehmung des politischen Gegners als böswilliger Feind bis zur Verschlammung des Föderalismus durch unsystematische Zentralisierungen und Verwischung von Verantwortlichkeiten.

Wenn die Schweiz als politisches Vorbild erfolgreich bleiben will, muss sie ihr Narrativ auch vorleben und pflegen. Dabei stehen die Parteien in der Verantwortung. Natürlich schmeichelt es uns, wenn uns kompetente Fachleute als Vorbild für ein so bedeutendes und wichtiges Gebilde wie die EU sehen und uns deshalb gar integriert sehen möchten.

Dazu ist zweierlei festzustellen. Zum Ersten wäre nie aufgefallen, dass sich die Brüsseler Bürokratie sonderlich für die modellhaften Errungenschaften eines Kleinstaates interessiert hätte. Und zum Zweiten gibt es ein unlösbares Dilemma, das ich als den helvetischen Europafluch bezeichne: Eingezwängt in die zentralisierenden politischen Mechanismen der EU, würden gerade jene erwähnten zentralen Elemente abgewürgt, welche die Vorbildlichkeit der Schweiz ausmachen.

Oder zugespitzt: Was wir beim Beitritt als Vorbild einbrächten, würde durch diesen vernichtet. Das zersetzte mit der Zeit, davon bin ich leider überzeugt, auch unsere innere Kohäsion. Das politische Labor Schweiz darf nicht verschwinden, und dafür braucht es hinreichende Freiheiten. Deshalb kommt für mich ein Beitritt nicht infrage. Einer geschickt gestalteten strukturierten Beziehung zum grossen Nachbarn und wichtigsten Handelspartner hingegen werden wir uns im beiderseitigen Interesse nicht verschliessen können. Aber das ist eine andere Geschichte!

Kaspar Villiger ist Altbundesrat. Er gehörte von 1989 bis 2003 der Schweizer Regierung an.

Kommentare

Sehr guter Artikel von Akt BR Villiger. Es fällt auf, wie viele Kommentatoren nicht gewillt sind die Errungenschaften der Eidgenossenschaft zu würdigen. Offensichtlich streben die EU-Beitrittsbefürworter eine Angleichung unseres hohen Wohlstands an denjenigen unserer Nachbarländer an. Die direkte Demokratie scheint ihnen auch nicht viel Wert zu sein.

Jürg Keller

Ein Beitritt zur EU zerstört das Binnenleben der Schweiz nicht. Das ist ein Märchen aus alten Zeiten. Wer in Europa häufig umhergereist ist und immer noch umherreist, stellt seit dem Beitritt zur EU überall nur eine Änderung fest: Alles, was die nationalen Politiken schief aufgleisen, wird Brüssel untergeschoben. Sonst läuft alles in den alten nationalen Schleifen: Die vermögenden Franzosen kaufen deutsche Autos und ganz Frankreich beklagt die schlechte Qualität ihrer landeseigenen Produkte. Ebenso wenig würde Brüssel unser ländliches Schwingfest inmitten von Verkehrssträngen und Chemie-Bauten (samt happigem Defizit) verhindern.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Vermutlich würde der Grossteil der schweizerischen Bevölkerung einen Beitritt zur EU nicht einmal wahrnehmen, weil wir uns schon lange in ihrem Fahrwasser bewegen (müssen).

Jürg Keller

Ich kann mir vorstellen das einige der Kommentatoren gar keine Schweizer sind und auch hier nicht wohnen, so kennen sie nicht die Schweizer Werte und Demokratie. Man muss nur in die umliegenden Nachbarländer sehen, der Bürger darf all paar Jahr ein paar Kreuzlein machen und das war es an Mitspracherechten. Die Politiker dort führen sich z.T. auf, wie selbstherrliche Könige.

Sehe ich komplett anders. Vor jeder Initiative oder Abstimmung müsste die Schweiz erst einmal überprüfen, ob das mit den EU-Gesetzen überhaupt möglich ist. Und wir haben weltweit die strengsten Tierschutzgesetze, die würden bei einem EU-Beitritt sofort hinfällig. Ich vermute die EU-Turbos bei den Grünen, GLP und SP sind sich dessen gar nicht bewusst. Und was ich gar nicht begreife, wenn EU-Bürger in der Schweiz einen EU-Beitritt wollen - fordern. Warum sind sie hier und gehen nicht zurück in die EU?

Das Leben kann so einfach sein. Also: Kein Beitritt, keine Vergünstigungen. Das heisst dann u.a.: Ausschluss aus dem Schengen-Raum, Visa, wenn man die EU besucht, Zölle, keine Überflugrechte bei Flugzeuglandungen über EU-Gebiet, Normen, die aus Brüssel kommen und bei Nichteinhaltung kein Verkauf von Produkten in die EU. Das Leben kann so schön sein.

Sehr guter Kommentar. Ein EU-Beitritt der Schweiz ist derzeit aber kein Thema mehr. Die grössere Gefahr für unsere Demokratie ist das konfrontative Verhalten der beiden Polparteien und das schon religiös anmutende Klima-Mantra. Effektive Lösungen bieten all diese Kräfte nicht und spalten das Land. Eine gesplante Gesellschaft ist jedoch „Direkte Demokratie“ unfähig. Jede Abstimmung, die in den Kommastellen (hinter 50%) entschieden wird, ist ein Sargnagel mehr in unser bis anhin erfolgreichen Gesellschaftsmodell; ...das sich bis vor kurzem noch durch Respekt und Konsens ausgezeichnet hatte.

Danke Kaspar Villiger! Nach Johann Schneider-Ammann sind sie der zweite FDP-Altbundesrat, der erstens den Wert der Schweizer Verhältnisse kennt und neu erkennt, dass diese in ganz ernster Gefahr sind, sollte sich die Schweiz politisch in die EU integrieren. Ich will es mit den Worten Schneider-Ammanns sagen: Die Schweiz ist definitiv kein Übernahme-Kandidat.

Die erfolgreiche direkte Demokratie der Schweiz wird von den Macht korrumpierten Politikern der repräsentativ regierten Länder Europas gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. In Deutschland haben alle Parteien ihre fragwürdigen Mitglieder, einschließlich Innenminister, welche trotz Videoaufnahmen, mit Häusern während der Ahr-Flutkatastrophe die bis zu den Dachrinnen im Wasser standen und Hilfe suchenden Leuchtsignalen von Dächern aus, keine Hilfeleistungen einleitete, mit zig Toten als Folge. Aber eine Partei, welche z.B. gestützt auf den letzten Artikel des GG, eine neue Verfassung ähnlich der direkten Demokratie der Schweiz vorschlägt, wird gemieden und als Verfassungsfeindlich behandelt - dies von einem Verfassungsschutz der politisch konform und nicht unabhängig geführt wird. Ein sich selbst als alleinig demokratisch legitimierte Parteien-Kartell missachtet den letzten Artikel des GG, der den Auftrag enthält, das sich das dt. Volk nach der Wiedervereinigung (vor über 30 Jahren!!!) eine neue Verfassung gibt, über die es abstimmt. Auch die EU Bürokratie und "Regierung" missachtet seine bindenden Verträge und Gesetze - solchen durch Willkür geprägten Gebilden kann kein Vertrauen entgegen gebracht werden - Hat sich da die EU der direkt demokratischen Schweiz anzunähern, nicht umgekehrt?!

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Schön, dass die Einsicht doch noch reift - aber als aktiver Bundesrat hätte Herr Villiger mehr Einfluss gehabt.

Unser Land ist die Geisel einer heimatmüden Wirtschafts-“Elite”. Diese opfert unsere politische Kultur und Selbstbestimmung leichtfertig “für eine Hand voll Euros” - indem sie die Schweiz in ein unwürdiges Rahmenabkommen mit der EU drängen will.

Gleichzeitig muten uns dieselben Kreise seit 20 Jahren eine Masseneinwanderung zu, welche den Zusammenhalt des Landes von innen unterminiert: grosse Teile unserer Gesellschaft teilen eben nicht mehr eine gemeinsame Geschichte bzw. ein gemeinsames Verständnis für unsere politische Kultur und das Verhältnis vom Bürger zu Staat.

Ich frage mich, wer unserem Land mehr Schaden zufügt: Linke Utopisten...oder dem Freisinn nahe Wirtschaftsvertreter, denen das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein abhandengekommen ist?

Ich glaube daß die Mehrheit der EU-Bürger nicht an einer Mitgliedschaft der Schweiz interessiert ist

Die EU-Bürger werden dazu auch nicht gefragt. Einzige Ausnahme ist Frankreich, bei einem EU-Beitritt der Türkei, droht Frankreich (mehrere Präsidenten) mit einem Referendum.

Die Schweiz ist anderen europäischen Ländern mit ihrem Grundverständnis von Demokratie und Gemeinschaft - und das Einbinden von Gruppen, die anderswo als Opposition ausgegrenzt werden, um einiges voraus. Das wird es schwer machen, eine echte europäische Integration zu erreichen. Europa täte es sehr gut, die Schweiz als Mitglied der Europäischen Union zu haben.

Dass die Schweizer dies möglicherweise anders sehen, dafür habe ich Verständnis.

Für mich ist die Schweiz ein Vorbild hinsichtlich Demokratie, Wirtschaft und Kultur. Die EU sollte sich an diesem Land orientieren und nicht umgekehrt!

Geschichte stiftet Identität - gilt allerdings auch für Wladimir Putin, welcher seinen Angriff auf die Ukraine mit Geschichte rechtfertigt. Ich schöpfe meine Identität eher aus einer Zukunftssicht, welche die Vergangenheit selbstverständlich einbezieht, aber als Lehrstück, nicht als Glaubenslehre. Was Glorifizieren von Volk und Nation heisst, wissen wir spätestens seit zwei Weltkriegen. Womöglich führt gerade das auch noch zum dritten und letzten ... Wenn wir der EU beitreten, hätten wir die Möglichkeit, unsere Identität sichtbar und verbindlicher als bis jetzt einzubringen: unsere halbdirekte Demokratie etwa, unsere Kollegialregierung oder unsere Art der Konsenssuche in der politischen Ausmarchung. Weshalb fehlt eigentlich vielen von uns der Mut - wohl doch auch Teil unserer Schweizer Identität! -, uns als Mitglied der EU dafür einzusetzen? "Macht den Zun nit ze wiit", so einst Niklaus von Flüe. Ja, aber es gibt auch Zäune in unserem Denken, die uns unter Umständen daran hindern, unsere möglicherweise zu kleinräumige Identität zu erkennen und nötigenfalls umzudenken. Ich halte es mit der Stauffacherin: "Schau vorwärts, Werner, und nicht hinter Dich!" Der Zusammenschluss der Waldstätte führte zu einer bis heute erfolgreichen Gemeinschaft. Das kann genauso für Europa gelten, wenn wir unseren Beitrag dazu leisten. Vielleicht sogar erst dank unseres Beitrages? Was für einen Identitätsschub würde uns das verleihen! ;-)

Herr Villiger schreibt dazu folgendes: "Eingezwängt in die zentralisierenden politischen Mechanismen der EU, würden gerade jene erwähnten zentralen Elemente abgewürgt, welche die Vorbildlichkeit der Schweiz ausmachen." Die Schweizer Identität würde sich auflösen wie ein Keks in warmer Milch.

Vielleicht am «**politischen Labor Schweiz**» nicht wirklich interessiert, umso mehr aber mit Furcht erfüllt, sind manche in Brüssel, der EU-Zentrale.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Mal in einer der Kommissions-Anhörungen der NGOs...

Zum Thema «**Mehr Demokratie in der EU**» – was sich von der EU-Kommission her in Anhörungen* erschöpft – hält einer der höheren Beamten, einleitend, eine **Mahnrede vor dem missratenen Schweizer Volk**, dass sich erdreistet eine ihm nicht genehme Entscheidung zu treffen. Wütend hält er eine, von seinem Dienern, aufbereitete Tafel hoch.

Ich melde mich: «**Ja, so sieht wahre Demokratie aus!**» Und ziemlich viele – der zum Treff eingeladenen, doch nicht wirklich angehört – Klatschen.

* so auch die von Macrons und Leyens Gnade

Es findet sich keine Mehrheit für den EU-Beitritt, keine Angst.

Für das "politische Labor Schweiz" ist es aber fruchtbar, wenn auf der einen Seite der EU-Beitritt und auf der andern Seite ein Ausstieg aus den Bilateralen als doppeltes Damoklesschwert hängt: Dann müssen wir uns anstrengen, das der Mittelweg fruchtet.

Einem gelernten Schweizer wie mir geht das Herz auf bei Herrn Villigers Worten. Nur ein kleiner Gedanke: ich gehe auf der Strasse und begegne mehreren Menschen, was geschieht? Man begrüsst einander "Grüezi". Wo auf der Welt gibt es das? Die Krankheiten, die in der Welt toben, Hass, Zwietracht, Intoleranz, Ausschiesslichkeitsansprüche, gehen auch an der Schweiz nicht spurlos vorbei. Auch hier müssen wir aufpassen, dass unser starker Gemeinsinn, unser Zusammenhalt nicht unter die Räder kommt. Aber in diesem Punkt ist Langsamkeit ein Segen: Wir sind weit entfernt von der Hysterie, die weite Teile der Welt erfasst hat. Holen wir die Scharfmacher von ihren extremen Positionen zurück, beschämen wir sie mit der Offenheit und Geduld, mit der wir alle Streitfragen erörtern, vor allem auch zuhören und bedenken, was sie zu sagen haben. Wir können es.

Die "EU" muss zu 90% rückabgewickelt werden, alle Fake-Staatsorgane müssen ersatzlos aufgelöst werden, 99,9% aller Bürokratenstellen dort gestrichen werden.

Alles, was dort die letzten Jahrzehnte gestartet wurde, muss rückwirkend gelöscht werden und es darf nur das - und zwar durch Entscheidungen der Staatsbürger in jedem einzelnen Land - behalten werden, bei dem die Zustimmungs-Quote 80% ist.

Dieser Traum der ultralinken Zentralisten muss ein für allemal beerdigt werden.

Das bedeutet nicht, dass nicht gemeinsam oder koordiniert bestimmte einzelne, punkte Sachverhalte geregelt werden können, aber das bitteschön durch die nationalen Parlamente, z.B. in Form von gemeinsamen Ausschüssen. Und das alles mit nachträglichen Referenden der Bürger, wobei Regelungen dann nur dort gelten, wo die Bürger zugestimmt haben.

Wir brauchen weltweit mehr Vorgehensweisen und Regelungen, wie sie die Schweiz hat. Und nicht weniger.

Viel Glück in ihrer Welt mit kollabierter Wirtschaft.

"Kollabierter Wirtschaft"?

Ganz das Gegenteil würde passieren, die Wirtschaft würde aufblühen. Statt erdrückt und ins ferne Ausland verjagt zu werden.

@B Hayes Für sie muss alles in nationalen Parlamenten geregelt werden und es müssen 80% der Bürger zustimmen. Heisst es wird nichts mehr entschieden. Dann kollabiert die Wirtschaft, weil nicht mehr produziert/verkauft werden kann. Dann gibt es nur noch eine Subsistenzwirtschaft. Alles andere muss geregelt werden, aber das wird es nicht geben, weil kaum jemals mehr als 80% der Bürger etwas zustimmen werden.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

@Bryan Hayes Aber selbst, wenn wir bei einer einfachen Mehrheit bleiben. Die Wirtschaft ist nur so stark, weil es einen grossen EU-Binnenmarkt gibt. Wenn jeder Staat macht, was er will, dann wird es teuer und ineffizient. Besser kann man die Wirtschaft nicht schrumpfen.

@A. G.: Das ist doch kompletter Unsinn. Es wäre exakt umgekehrt, wenn keine Regelung mehr da, bedeutet es ja auch, dass es keine Importverbote etc. gibt.

@A. G.: Ich habe nie dafür plädiert, dass jeder Staat, macht, was er will. Technische Standards z.B. haben sehr wohl Vorteile. Wobei diese ja zum großen Teil gar nicht durch Staaten definiert werden.

@B Hayes Wer sagt dann, dass es keine Regelung mehr gäbe. Wenn es keine Regelung gibt, dann wäre das eine offene Tür für Kriminelle. Das ist die Realität: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/ftx-ist-pleite-krypto-guru-bankman-fried-zieht-sich-zurueck-ld.1711905>

Es gibt immer eine Regelung, aber nach ihnen ist es praktisch nicht möglich dies zu ersetzen. Und wenn es keine gibt, dann würden es die Leute machen. Wenn genug Leute betrogen worden wären, dann hätten sie ihre 80%.

Importverbote hätten sie zudem im grossen Ausmass. Denn es gibt's was mehrheitsfähiger als Grenzschutz. Vor allem in Kombination mit dem x-ten Betrug.

Wenn sie nicht wollen, dass jeder Staat macht, was er will. Dann kann nicht die Bevölkerung nur das auswählen, was ihnen passt, dann muss man das ganze Paket annehmen oder ablehnen. „Und das alles mit nachträglichen Referenden der Bürger, wobei Regelungen dann nur dort gelten, wo die Bürger zugestimmt haben.“ Sagen wir in einem Land gibt ideale Bedingungen für Äpfel und Birnen. Die wollen nun dies exportieren in einem Land mit billiger Milch. Die würden zwar gerne Milch exportieren, aber keine Äpfel und Birnen importieren, da viele Jobs davon abhängig sind, selbst wenn die Produktion teurer ist. Da gibt es nie ein Abkommen. Es ist bereits heute schwierig,

Mir würde langweilig, dass die EU zu Reformen bereit wäre.

Nur das will man nicht, was ja durch GB gefordert wurde.

Lieber kümmert man sich um Gewindeschrauben u ähnlichen Blödsinn.

Die sind genau so weit von den Menschen entfernt wie die rrg Regierung in Berlin oder Bundesregierung.

Und solange das sich nicht ändert, Hände weg.

Referenden in DE, da fällt Ostern u Weihnachten eher zusammen.

"Gewindeschrauben u ähnlichen Blödsinn" sorgt dafür, dass die Standards im gesamten EWR einheitlich sind. GB hatte zum Schluss die Hälfte aller Ausnahmen von den EU-Verträgen. Gut, dass die raus sind.

"Lieber kümmert man sich um Gewindeschrauben u ähnlichen Blödsinn."

Das führt zu günstigen Produkten. Das ist kein Blödsinn, das ist für einen Markt zentral.

Genau die Gewindeschrauben, also die Normierung der technischen Handelshemmnisse, sind aber (wie auch die berühmten gekrümmten Bananen, die es allerdings nicht gab) die zentrale Aufgabe der EU. Solche technischen Normen beschränken auch die Souveränität der Mitgliedstaaten nur wenig. Übrigens ist ja auch das Patentamt europäisch und das beschäftigt sich mit noch viel detaillierterem Blödsinn.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Technische Standards (DIN, VSM, ISO, FDA, CSA, ...) gibt es auch ohne europäische Union und die sind nicht das Problem. Die EU entwickelt sich zur politischen Union und sie möchte politische Standards, dazu gehören Steuer-, Arbeits- und Sozialrecht.

@R Haid Wenn sie keine standardisierte Arbeits- und Sozialrecht wollen, dann haben sie einen Aufstand. Denn dann kommt der Bulgare für 5 Euro/h hier auf hier Baustelle arbeiten. Wie viele Schweizer Handwerker gibt es dann noch?

Haben sie schon mal Deutschland oder EU weit, Ausschreibungen mitgemacht? Jeder popelige Architekt, Bauleiter oder grössere Firmeninhaber zeigt ihnen was gefordert wird. Schallschutz, Brandschutz, Schrauben, Maase usw. Das regelt der Markt von allein, ansonsten bist du raus oder es wird Regress gefordert. Man beschäftigt sich lieber mit Wattzahlen, Glühbirnen u ähnlichen. Das wirklich wichtige bekommt man allerdings nicht auf die Reihe, wie auch Hr Heid bemerkt.

Und wieviel Jahre soll das noch dauern? Die EU in der jetzigen Form No

Wenn sie wirklich mal zu Pote kommt vielleicht, aber das werde ich sicherlich nicht mehr erleben, schon viel zu alt.

Auf welches Arbeitsrecht will man sich in der EU einigen, vielleicht auf das französische? Und wenn Emmanuel Macron seine Rentenreform nicht durchbekommt, dann gehen halt alle etwas früher in Rente. Die Wirtschaftsleistungen der einzelnen EU-Mitglieder sind nun mal unterschiedlich, daher wird die Idee einer politischen Union nur zu grossen Unfrieden führen.

@R Haid Sie wollen keine politische Union. Dann erhalten sie eben den Bulgaren, der hier in der Schweiz für 5 Euro/h, die CH-Handwerker verdrängt. Das ist das was sie wollen.

Wir sind nicht Teil der europäischen Union und können dafür selber Sorge tragen, dass kein Bulgare für 5 EURO die Stunde hier in der Schweiz arbeiten darf.

@R Haid Sie wollen eben die Schweiz abschotten.

Die EU ist (dank oder wegen dem Europäischen Rat weder besonders zentralistisch, auch wenn Villiger dies behauptet, noch ist sie ultralinks, wie Sie behaupten. Auch ihr Parlament ist nicht mehrheitlich links. Natürlich glauben Sie mir dies nicht, weil Sie die Europäische Volkspartei auch zu den Ultralinken zählen, Dann machen aber die Begriffe rechts und links, die ohnehin a bissl obsolet sind, gar keinen Sinn mehr.

Natürlich sind die "EU"-Bürokraten etc. ultralinks (links = Befürwortung und Vorantreiben der Herrschaft der Funktionäre über die Bürger). Ultralinks sind in Deutschland z.B. alle Altparteien außer der AfD (und die ist auch linker, als das viele wahrnehmen).

Wenn Sie diese Haltung zur EU auf die Schweizer Geschichte herunter brechen, es gäbe nur einen Haufen einzelner Kantone resp. Kleinststaaten ohne Bundesstaat. Oder noch wahrscheinlicher, diese wären längst geschluckt von den umgebenden Staaten.

Kritik an der EU ist sicher immer wieder angebracht, aber der Prozess einer zunehmenden Verlagerung zur europäischen Zentralgewalt nur logisch. Und notabene ist die EU heute noch weitaus föderalistischer als die Schweiz oder Deutschland. Da liegt noch sehr viel Bremsweg vor uns. Damit ist noch nichts darüber gesagt, ob ein Mitmachen für die Schweiz erstrebenswert wäre.

F?R die Bewahrung des «politischen Labors Schweiz» gibt es keine Alternative zum EU-Beitritt. Ohne EU-Mitgliedschaft wird die Schweiz weiter marginalisiert und in ihrer Souveränität eingeschränkt und zum autonomen Nachvollzug die europäischen Normen verurteilt sein. Ohne Mitspracherecht, selbstverständlich, und je länger je weniger Gestaltungsmöglichkeiten für unsere inneren Angelegenheiten.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Ich verstehe Kaspar Villigers Kehrtwendung nicht.

Sie wollen also, dass die Schweiz sich einfach von den verkommenen und durch absolut Nichts legitimierten, ultralinken, doktrinären Zentralisten in den "EU"-Fake-Staatsorganen erpressen lässt?

Die Schweiz täte gut daran, sich mit den bürgerlichen, freiheitlichen, vernünftigen Kräften in den "EU"-Vertragsstaaten zusammenzutun, zusätzlich mit Norwegen, Großbritannien etc., um die negativen Aktionen der "EU"-Kader zu stoppen und ins Gegenteil zu verkehren, zurück zu den eigentlichen Europäischen Werten, weg von den sowjetisch beeinflussten, totalitären Planwirtschafts- und Bürgerzurückdrängungsgedanken.

Herr Hayes, immer wieder schön anzusehen, wie Sie die Realität leugnen.

Tauchen Schweizer Politiker in einem EU-Land auf und fangen an, über die Bilateralen zu sprechen, werden sie freundlich, aber sehr bestimmt an Brüssel verwiesen.

Selbst das viel grössere und für die EU bedeutender Grossbritannien hat es in sechs Jahren nicht geschafft, die einheitliche Linie der EU-Mitglieder zu durchbrechen.

Laut European Social Survey ist das Land mit der geringsten Zustimmung zum Verbleib in der EU Tschechien und selbst dort wollen über 70% in der EU bleiben.

Brüssel ein einziger undemokratischer, arroganter und fauler Haufen von Geldverschwendern und Gernegrossen.

Kaspar Villiger äussert sich zu einem allfälligen Beitritt der Schweiz nun etwas eindeutiger als auch schon. Er rudert erkennbar zurück. Wie es auch der von ihm zitierte René Rhinow (der wäre ganz gern beigetreten...) offenbar tut. Schweigend. Es bleibt meines Erachtens noch Raum für mehr. Gegen die weitere Annäherung an diese EU. Es genügt nicht zu kritisieren, wie es Kaspar Villiger im zeitletzten Abschnitt schreibt, dass bei einem EU-Beitritt zentrale Elemente, welche die Vorbildlichkeit der Schweiz ausmachen, abgewürgt würden. Dies würde auch beim Abschluss eines Anpassungsvertrags mit der EU stufenweise eintreten. Es ist das Hauptziel der EU bei den laufenden Verhandlungen. Es gilt, zur EU auf bisheriger Distanz zu bleiben. Durchaus auch im Interesse insbesondere der uns unmittelbar umgebenden Regionen von Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, Lombardei, Piemont, Savoyen, Burgund, Elsass. Ausbaufähig sind hingegen die Beziehungen der Schweiz zu sehr Leistungsfähigen ausserhalb der EU, wozu dem Vernehmen nach bald Genaueres bekannt werden sollte. Um die mittelgrosse, offene und deshalb bisher erfolgreiche, schweizerische Volkswirtschaft noch leistungsfähiger zu gestalten, müssten sich insbesondere die SVP und Die Mitte noch etwas bewegen und ihre bäuerliche Wählerschaft davon überzeugen, dass die Finanzierung der schweizerischen Agrarpolitik auch in Zukunft auf eine sehr leistungsfähige Exportwirtschaft angewiesen ist.

Ich sehe den Punkt von Herrn Villiger: Die Stärke des Föderalismus liegt darin, dass in Teilbereichen Experimente gewagt werden, welche im Grossen blockiert sind. Ein Beispiel war während der Coronapandemie der Kanton Graubünden.

Bezüglich Identitätsgefühl sind für mich als Basler neben den schweizerischen Traditionen auch die alten freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarn wichtig. Europa bedeutet für mich etwa ganz konkret, dass die schrecklichen Auseinandersetzungen, welche die Elsässer dermassen geplagt haben, endlich beerdigt

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

wurden - und so fühle ich mich halt emotional tief mit dem Projekt EU verbunden. Zu diesen eher "mythischen" Gefühlen kommt auch eine robuste Tatsache hinzu, wie von meinem Vorschreiber G. Müller dargestellt: der Nachvollzug des EU-Rechts, für uns als Exportland wirtschaftlich lebenswichtig, bedeutet einen schleichenden Souveränitätsverlust. Als Nichtmitglied der EU haben wir dazu eben nichts zu sagen: Und so werden wir zur freiwilligen, gemeinen Herrschaft der EU.

Irgendwann werden wir Eidgenossen durch den Nebel unserer Mythen hindurch diese Realität wahrnehmen. In der Zwischenzeit werden wir uns durchwurschteln. Wenn wir uns endlich Mitsprache in der EU zugestehen, wird unser Einfluss beträchtlich kleiner sein als in den 90er Jahren, wo ein weitsichtiger Bundesrat die Weichen schon mal stellen wollte.

Seit Inkrafttreten der Bilateralen I ist die Schweiz Musterknabe in der Umsetzung von EU-Recht. EU-Recht, bei dessen Formulierung die Schweiz anders als die EWR-Staaten nicht einmal angehört wurde.

Man möge mich korrigieren, wenn ich falsch liege, aber die Schweiz hat in bald zwanzig Jahren die Möglichkeit, EU-Recht nicht zu übernehmen, nicht ein einziges Mal genutzt. Im Gegenteil: Der Bundesrat verlangt von der EU die Aufdatierung des Abkommens über Medizinaltechnik, weil die Schweiz das betreffende EU-Recht schon einseitig umgesetzt hat.

Beim nächsten grossen Brocken Maschinenbau wird die EU ebenso verfahren, es ist schliesslich ihr gutes Recht, und für die Schweiz bedeutet das ein weiterer Souveränitätsverlust.

Wie bei der Medizintechnik wird die Schweiz EU-Zulassungen weiter anerkennen, die EU aber keine Schweizer Zulassungen. Schweizer Unternehmen werden ihre Zulassungen in der EU beantragen, weil das billiger und praktischer ist.

Der Souveränitätsverlust geht also auch noch mit einem wirtschaftlichen Schaden für die entsprechenden Zulassungsstellen einher.

Im Finanzbereich droht die Schweiz zudem Kollateralschaden des Brexits zu werden, weil die EU die Regeln für das Offshore-Banking vereinheitlichen und verschärfen wird, um britischen Dienstleistern einen Riegel vorzuschieben.

Wenn der Geldbeutel nur genügend schrumpft, wird der Beitrittsantrag schon kommen.

Warum sind sie eigentlich so scharf drauf, dass die Schweiz der EU beitrifft?

Bin ich gar nicht, ganz im Gegenteil, ich schildere lediglich die Fakten.

Statt den direkten Weg in die EU oder den EWR zu nehmen, hat die Schweiz sich in einem Geflecht von Verträgen verheddert, dass ihr wirtschaftlich Schaden zufügen wird, sowohl, wenn sie sich daraus befreit als auch, wenn sie darin bleibt und die EU bei ihrer

In Sachen wirtschaftlichen Schaden, ist die EU selbst, die sich diesen zufügt. Die Schweiz tut gut daran Distanz zu halten, denn eine zu starke Annäherung an die EU würde Schaden für das ganze Land bedeuten, für Wirtschaft und Gesellschaft!

Ihre Faktenresistenz ist immer wieder bemerkenswert. Am Beispiel Medizinaltechnik kann man die Einseitigkeit des Schadens sehr gut darlegen:

Die Schweiz setzt einseitig EU-Recht um und anerkennt weiterhin EU-Zulassungen, d.h. für EU-Unternehmen, die in die Schweiz exportieren, ändert sich gar nichts.

Schweizer Firmen müssen jetzt ihre Produkte in der EU zertifizieren lassen, weil ihre Schweizer Zertifizierung im Binnenmarkt wertlos geworden ist.

Sie fallen damit auf das Freihandelsabkommen von 1972 zurück.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

Dazu kommt die Asymmetrie im gesamten bilateralen Handel: Die Schweizer Exporte in die EU hatten 2021 einen Wert von 24.5% des Schweizer BIP.

Die EU-Exporte in die Schweiz hatten hingegen nur einen Wert von 1.25%.

Aber nun gut, es ist Ihre Schweiz, die Sie ärmer machen wollen...

Es sind Firmen die guten Produkte kaufen und verkaufen, das ist die Basis des Import-/Exportgeschäftes. Ob man das innerhalb oder ausserhalb der EU macht, ist sekundär.

@U Keiser. Exportieren sie in Märkte ausserhalb der EU oder bieten sie dort Dienstleistungen an? Ich würde sehr gerne wissen, wie eine kleine KMU, das machen kann. Erklären sie wie ich z.Bps. in Indonesien Dienstleistungen anbieten kann mit meinen CH-Lohn? In der EU haben wir ab und zu Aufträge.

@A. G. Es gibt in der Schweiz KMU, die in die ganze Welt ihre Dienstleistungen und Produkte verkaufen. Natürlich wenn sie nur ein eine überall erhältliche Dienstleistung oder Produkt anbieten, kommt man unter Preisdruck. In meiner Umgebung gibt es eine KMU die Kartonagen in Kleinserien produziert für Kunden in der ganzen Welt, ebenso ein Leiterplattenproduzent, der genau die richtigen Produkte für seine Kunden in der Welt draussen macht. 0815 reicht aber auch nicht wenn man in einem unserer Nachbarländer

@U Keiser Sie bestätigen also, dass es ausser in der extremen Nische nicht funktioniert. Da aber 99% der Unternehmen nicht in einer solchen Nisch tätig sind, wollen sie diese KMU in der Schweiz einsperren. Wobei ich dann selbst in der extremen Nische noch Frage, wie das eine kleine KMU schafft. Den bisher habe ich nur Situationen erlebt, wo solche KMU z.Bsp. Lieferanten von europäischen Konzernen sind. Der Punkt ist das die meisten eben nicht in der Nische sind und sich gegen ausländische Konkurrenz behaupten müssen. Ihre Konkurrenz kann jedoch wachsen, sie nicht. Das verhindert die Entstehung von grossen Unternehmen. Das sieht man nun beim Brexit. Kleine GB-KMU verlieren die EU-Kunden.

Wieder so ein Dreamer Sie...**Wenn die Verschuldungsquote der EU-Mitglieder mit der Schweiz verglichen werden, so müssten Sie feststellen, dass die EU längst hätte Konkurs anmelden müssen.** Die Druckerpresse der EZB wird es auf ewig nicht geben. Auf die Target 2 Schulden möchte ich nicht näher eingehen. **Doch die brechen der EU-Volkswirtschaften das Genick. Alleine die Deutsche Bank trägt mit 1,3 Billionen die grösste Last. Wie Deutschland mit ihrer Ideologie ihre Wirtschaft deindustrialisiert haben, von diesem Thema wollen Sie nichts wissen.** Von der Neuverschuldung wegen Corona möchte ich gar nicht sprechen. Es kann einem nur schwarz vor Augen werden. Das sind "hard facts" und keine ideologische Überhöhungen. Und in diesen Club, sehr geehrter Herr Müller wollen Sie Mitglied werden, wirklich? Einen habe ich noch.

Solange wir nicht in die Währungsunion beigetreten sind, ist unser Franken CHF nicht nur Segen für unsere Volkswirtschaft, nein es ist eine hochwirksame Waffe und trägt massiv für unser Wohlstand bei. Aber auch davon wollen Sie lieber nichts wissen.

Peter Künzler

Entschuldigen Sie, aber den ganzen ersten Grossteil ihres Kommentars halte ich für haltloses Geschimpfe und nicht mehr. Bezüglich der Sache mit der Währungsunion habe ich ebenfalls meine Zweifel.

Ein EU-Beitritt kommt nicht infrage

C. G.: Sagt derjenige, der nicht einmal die Deutsche Bank von der Deutschen Bundesbank unterscheiden kann.

Jetzt wird es immer schlimmer mit Ihnen. Dumm wie Nacht.

https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Bank#Die_Bank_und_die_Politik

C. G.: Und wie soll der Link die von Ihnen behaupteten € 1.3 Billionen erklären? abgesehen davon, dass Ihre Target2-Märchen nur verdeutlichen, dass Sie auch den generellen Unterschied zwischen Notenbanken und Geschäftsbanken nicht kennen.

Es ist genau der Punkt den Kaspar Villiger am Ende seines Zeitungskommentars beschreibt. **In der EU, im Speziellen in der Brüsseler Bürokratie ist niemand am politischen System der Schweiz interessiert. Lieber möchte man die Schweiz auch in die zentralisierenden politischen Mechanismen der EU einzwängen.**

Das würde die Bürgerrechte der Schweiz beschneiden (Direkte Demokratie) und die ganze politische Kultur unseres Landes markant verändern.

Ein wichtiger Punkt möchte ich noch ergänzen. Hängen in anderen Ländern, politische Entscheidungen sehr oft von einzelnen Personen oder kleinen Gruppen ab, so hat die Direkte Demokratie unseres Landes einen entscheidenden Vorteil. Die Stimmbürger müssen sich keine Blöße geben, wenn sich falsch entschieden haben. Sie können über die gleiche Angelegenheit wieder abstimmen und so korrigieren. Solche Korrekturen sind für Regierende - weil das ein Gesichtsverlust für sie ist - fast nicht möglich.

Die MEI hat meines Wissens das Stimmvolk noch nicht wieder einkassiert. Stattdessen bewahrt man einfach Stillschweigen darüber, dass das PFZ-Abkommen mit der EU genau genommen gegen Artikel 121a Absatz 4 Bundesverfassung verstösst. Aber wo kein Verfassungsgericht, da kein Kläger. Das Schweizer Stimmvolk verhält sich also nicht besser als die Regierungen anderer Länder.

Es wird nicht alles von heute auf morgen übers Knie gebrochen. Das Stimmvolk ist nicht perfekt, noch weniger sind es die Politiker, welche Abstimmungen nicht umsetzen! Wenn der Leidensdruck hoch genug ist, bewegt sich das Stimmvolk vor der Regierung, das war schon immer so!

Die Verfassungsänderung ist seit mehr als neun Jahren in Kraft.
Wie lange darf es denn Ihrer Meinung nach noch dauern?

Von mir aus kann das sofort geändert werden, aber die ganze Bevölkerung entscheidet. So ist das in unserem Lande!

„Henry Kissinger schreibt, eine grossartige Gesellschaft entstehe durch gemeinsame Ziele und Versöhnung und nicht durch das Niedermachen von Widersachern“ Das sollten sich die woken Mobber mal hinter die Ohren schreiben. Die Gemeinsamkeiten suchen, nicht die Unterschiede herausstreichen.

@P.H. Welche Gemeinsamkeiten? Es sind nicht die Linken, die keine Gemeinsamkeiten suchen. In der Schweiz definiert sich die Rechten über Abgrenzung.

Ja, ja die lieben Linken wollen alle nur unser Bestes, unser Geld.